



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schutz personenbezogener Daten in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Polizei und Justiz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 31. Tagung des Landtages schriftlich zu berichten über den Beratungsstand zum „Rahmenbeschluss des Rates über den Schutz personenbezogener Daten, die Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden“. Dabei soll auch berichtet werden

- wie das Land Schleswig-Holstein als Träger von Strafverfolgungsbehörden in die Beratungen eingebunden ist,
- wie die Landesregierung zu der Frage des Geltungsbereichs des Rahmenbeschlusses steht (Geltungsbereich nur für den grenzüberschreitenden Datenverkehr oder einheitliche Mindeststandards in der EU),
- wie die Behörden des Landes auf ggf. bevorstehende unterschiedlicher Datenschutzstandards für deutschlandweiten und grenzüberschreitenden Datenverkehr vorbereitet werden.

Karl-Martin Hentschel

und Fraktion